

Angebot und Nachfrage und Bezahlung von Lehrkräften

Beitrag von „Morse“ vom 11. Januar 2020 17:32

[Zitat von Herr Rau](#)

Eigener Thread, weil nicht wichtig, und **vielleicht Workklauberei, eher so eine Rechthabensache.**

😊 Da fallen mir gleich noch ein paar weitere süffisante Highlights aus dem Gorgias ein!

[Zitat von Herr Rau](#)

Wenn "Angebot und Nachfrage" nur metonymisch gebraucht wird für "der Arbeitgeber zahlt so wenig, wie möglich, um die erwartete Leistung zu kriegen", dann stimme ich zu, und der Rest hier ist unnötig. Wenn damit gemeint ist, dass Angebot und Nachfrage die Bezahlung regeln, dann nicht.

Ich meine ich meinte (sic) es nur metonymisch, aber bin mir mittlerweile gar nicht mehr ganz sicher bzw. will herausfinden, wo die Differenzen liegen, denn Deiner Umschreibung, insbesondere "die *erwartete* Leistung", würde ich mich so erstmal voll anschließen!

(Kleiner Rückgriff nicht für Dich, sondern die anderen Foristen: Das "erwartete" war für mich in der früheren Diskussion wichtig, weil ich darauf hinaus wollte, dass ein Arbeitgeber nicht immer diejenigen einstellen will, die eine Tätigkeit am besten beherrschen, sondern die, die das beste Verhältnis von Können und Lohn bieten.

Die Qualifikation ist also nicht absolut, sondern relativ! "Sogar" Bildung, ein "hohes Gut", wie häufig konstatiert wird, das für viele Lehrer sogar ein Selbstzweck ist, ist für den Arbeitgeber kein Selbstzweck, sondern zweckgebunden und unterliegt entsprechenden Kosten-Nutzen-Rechnungen.

An dieser Stelle ein kleiner Einschub:

[Zitat von samu](#)

Nö, die hat er nicht, wer behauptet denn sowas? dass der Freistaat, der mich bezahlt, kein Firmenchef ist, dessen Wohl und Wehe direkt von mir abhängt ist ja klar. Natürlich schlafen meine Landesminister*innen nicht schlechter, wenn Unterricht ausfällt oder

schlecht gemacht ist, sondern eher, wenn mehr Lehrer eingestellt und bezahlt werden müssen...

Aber das ist ja genau der Punkt: wir sind kein Betrieb, keine Aktiengesellschaft, wir erwirtschaften nichts, deswegen regelt der Lehrermangel auch nicht die Bezahlung. Zur Not stellt man halt Pensionäre und Seiteneinsteiger ein. Also nein, unserem AG dürfte es wurscht sein, wie super wir ausgebildet sind, oder ob der Klassenteiler bei 22 liegt. Den Eltern ist es aber nicht wurscht, wenn überhaupt muss man es denen recht machen, die wählen nämlich.

Ob Eltern oder nicht eher die Verbände der Wirtschaft größeren Einfluss auf die Bildungspolitik haben sei mal dahingestellt.

Aber: die Schule "erwirtschaftet" durchaus, wenn auch nicht direkt bzw. nur mittelbar. Wofür werden Schulabschlüsse denn gebraucht? Sind die ein Selbstzweck? Das ganze Bildungswesen ist neben dem Aspekt der Sozialdisziplinierung letztlich ein Zulieferer für die Wirtschaft. Deshalb mischen sich deren Verbände auch so häufig in die Bildung ein. Da fragt ja auch niemand "Wie? Was hat den jetzt die Wirtschaft mit der Bildung zu tun? Ob die jetzt mehr Musik oder Mathe machen geht doch die Automobilbranche nichts an!")

Jetzt aber mal zurück zu "Angebot und Nachfrage" und/oder(!) "der Arbeitgeber zahlt so wenig, wie möglich, um die erwartete Leistung zu kriegen":

Zitat von Herr Rau

Mein aktuelles Gegenbeispiel war: In Bayern ist das Angebot an Grundschullehrkräften gerade gering; die Nachfrage sehr hoch (wenn auch die eines mehr oder weniger Monopol-Arbeitgebers). Diese Änderung an Angebot und Nachfrage wirkt sich aber nicht auf die Bezahlung aus. Stattdessen müssen Grundschullehrkräfte eine Wochenstunde mehr arbeiten und auf einem Arbeitszeitkonto parken, bis sie diese Stunde später wieder zurückkriegen. (War bei Gymnasium vor einigen Jahren auch so. 5 Jahre lang Mehrarbeit, die danach auch 5 Jahre lang zurückbezahlt wurde. Schummelmöglichkeit nur bei wissenschaftlich/nicht wissenschaftlichen Fächern; anderes Thema.)

Für mich ist das kein Gegenbeispiel zum Prinzip oder beiden genannten Prinzipien.

Die erhöhte Nachfrage befriedigt Bayern, ohne die Bezahlung zu erhöhen, das stimmt schon. Das ist möglich, weil das Land das durch die Erhöhung des Deputats diese erhöhte Nachfrage quasi selbstmächtig senkt.

Ich meine aber, dass dies nur scheinbar außerhalb der Prinzipien des Markts stattfindet, denn: es ist ein Eingriff in die Arbeitsbedingungen, in die zu erbringende Leistung bzw. dessen Verhältnis zur Bezahlung. Die GS-Lehrer werden de facto mehr arbeiten müssen für ihr Geld

und/oder die Qualität des Unterrichts etc. sinkt, durch diese Mehrbelastung.

Der Eingriff in die Arbeitsbedingungen betrifft also nicht nur die Arbeitnehmer einseitig, sondern auch den Arbeitgeber auf der Seite, was "hinten rauskommt".

Übertreibung um das Prinzip deutlicher zu machen: wenn das Deputat auf 40 Std. hochgesetzt wird, sinkt die Nachfrage an Lehrkräften deutlich - aber vermutlich nicht sehr lange.

Die veränderten Bedingungen haben also Auswirkungen - und zwar auf den Arbeitsmarkt!

Der Vollständigkeit halber sei noch erwähnt, dass man als Gegenbeispiel zum Gegenbeispiel diejenigen Länder aufführen, die genau das gemacht haben, was Bayern nicht macht: mehr Geld bezahlen ("A13 für alle", diverse Zulagen).

Für mich steht also die Bayern-Methode nicht außerhalb des Prinzips des Markts. Vielleicht hast Du Recht und "Angebot und Nachfrage" war einfach zu verkürzt oder mißverständlich und daher rührt der Dissenz? (Oder auch nicht! Ich bin gespannt was Du zu meinem Senf bzgl. Bayerns Änderung der Arbeitsbedingungen als (meiner Meinung nach) langfristigen(!) Teil des Prinzips Angebot und Nachfrage sagst.

Zitat von Herr Rau

Die Lohnhöhe ist in Gesetzen (oder Verordnungen? festgehalten, die letztlich von Volksvertretern festgelegt werden. Die müssen zum Beispiel auf Wählerwillen oder Wiederwahlwillen schauen und Haushalt. Angebot und Nachfrage ist ja sicher, oder zumindest vielleicht, ein Faktor, aber beileibe nicht der einzige. Tradition ist ein weiterer wichtiger. Und vor allem: womit man halt durchkommt. Manche Berufe sind gesellschaftlich weniger respektiert und kriegen weniger bezahlt - traditionell Berufe mit hohem Frauenanteil. Das ändert sich nur langsam.

Die Tarifaautonomie ist ein ganz schön großes Fass. Welche Gesetze oder Verordnungen meinst Du da konkret? Sowas wie Mindestlohn? Oder speziell bei uns Beamten?

Ich möchte dazu jetzt nur sagen, dass Wirtschaftswachstum das Ziel des Staats überhaupt ist. (Bei samus Beitrag und meinem Kommentar dazu, von der Zweckmäßigkeit des Schulwesens, klang ja schon der Übergang von der Bildungs- zur Wirtschaftspolitik an.)

Wg. Tradition:

Ich glaube grundsätzlich nicht, dass eine Tradition weiter lange fortbestehen kann, ohne, dass es dafür aktuelle Gründe gibt.

Das gilt auch für die Diskriminierung von Frauen. Das ist m.E. keine gemeine Angewohnheit aus früheren Tagen, die bei ewig gestrigen als schlechte Charaktereigenschaft weiterbesteht, sondern hat auch in unserer heutigen Gesellschaft ihre sachlichen/materiellen Gründe.

Wg. Respekt:

Ich meine, dass Berufe v.a. wegen ihrer Bezahlung respektiert werden oder eben nicht - also in umgekehrter Reihenfolge.

Blödes Beispiel: die Eltern freuen sich womöglich mehr über einen Schwiegersohn der als Müllmann 10 000 € verdient, als einen Arzt mit 1400.

"womit man halt durchkommt" finde ich eine sehr schön zugespitzte Charakterisierung zur Lohnhöhe, darauf können wir uns auf jeden Fall einigen! 😊